

Die allgemeine Politik Frankreichs.

Paris, 20. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) In der Kammer führte der republikanische Abgeordnete Ribeyra in Begründung seiner Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung aus, die bisher besolgte auswärtige Politik sei nicht diejenige Ribots, sondern Frankreichs. Er tabelte die Zusammenhanglosigkeit gewisser Erklärungen und schloß mit der Aufforderung an die Regierung, ihr Programm bekanntzugeben.

Der sozialistische Abgeordnete Robert forderte gleichfalls allgemeine endgültige Erklärungen.

Der sozialistisch-radikale Abgeordnete Bokanowsky beklagte sich über die allzu zahlreichen Ministerkrisen, die die Interessen des Landes schädigen.

Buch erklärte, er verweigere der Regierung das Vertrauen, weil Ribot es nicht verstanden habe, die Einigkeit herzustellen und diese auch nicht mehr herstellen könne. Er machte Painlevé zum Vorwurf, daß er es an Festigkeit bei verschiedenen gerichtlichen Angelegenheiten habe fehlen lassen, namentlich in der Affäre Malby.

Die Erklärungen Painlevés.

Darauf bestieg Ministerpräsident Painlevé die Tribüne. Er führte aus:

Die Debatte müsse eine Entscheidung herbeiführen, die es der jetzigen Regierung ermöglichen, sich zu vergewissern, ob die Kammer ihr Vertrauen zur Regierung weiter beibehalten werde, die ihr Wert im Sinne des Willens der Kammer fortsetzen will.

Painlevé wiederholte darauf die Kriegsziele Frankreichs, die ausschließlich Wiederherstellung seines Rechtes seien. Diese Ziele seien unabhängig von dem Ausgang der Schlachten. Sie waren dieselben zu der Zeit, wo das besiegte Frankreich sich gegen die Annexion Elsaß-Lothringens aussprach. Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Vaterlande, das sei das Recht. Weiter sagte Painlevé: Ich habe gesagt: Wie auch der Ausgang der Schlachten sei, wir müssen den Krieg bis zu dem Tage der Wiederkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich weiterführen. Wir könnten nur bei entscheidender Knechtschaft darauf verzichten. Wir müssen den Krieg führen mit allen Mitteln und alle Hilfsquellen der Verbündeten gemeinsam ausnützen, um diese Ziele zu erreichen, damit Elsaß-Lothringen zu Frankreich zurückkehrt.

Painlevé spielte sodann auf die Gerüchte an, welche über die Geheimfiskung im Umlauf waren, und erklärte, daß die Regierung niemals Gelegenheit gehabt habe, den Gedanken eines Sonderfriedens zurückzuweisen. Dieser hat sich niemals gezeigt.

Der Ministerpräsident wiederholte sodann den Wortlaut der ministeriellen Erklärung über die Kriegsdauer „nicht eine Stunde länger, aber auch keine Stunde zu früh.“ Alle lebendigen Kräfte Frankreichs müssen nutzbar

gemacht werden und die verbündeten Nationen müssen ihre Anstrengungen dem anschließen. Unser Recht wird dann zermalmend erscheinen und der Sieg wird besonders nah sein. Wenn wir getrennt marschierten, würde das Ziel, das wir verfolgen, weit entfernt sein.

Das Zusammenarbeiten unserer englischen Freunde mit uns ist genau festgelegt. Wir arbeiten zusammen und haben die ganze Macht unsres Flugwesens und unsrer Artillerie eingesetzt. Wir haben Schulter an Schulter gekämpft, nicht als wären es zwei verbündete Armeen, sondern eine einzige. Und wenn ich so von England und Frankreich spreche, so vergesse ich darum gleichwohl nicht unsere andern tapferen Verbündeten; ich tue es aber deswegen, weil die französisch-englische Front eine gemeinsame ist. Jetzt finden weitere Verhandlungen zum Zweck der Ausdehnung der englischen Front statt.

Samstag war ich in London, als Rühlmann sagte, daß niemals ein Zoll deutschen Bodens abgetreten werden würde. Dies war die Fehdeanfrage in der elsass-lothringischen Frage. Lloyd George gab zum erstenmal eine förmliche Erklärung ab und antwortete Rühlmann mit einer andern edelmütigen Fehdeanfrage, indem er erklärte: England würde an der Seite Frankreichs stehen, bis Frankreich Elsaß-Lothringen desannexioniert haben werde. Am nächsten Tage gaben die Vereinigten Staaten die gleiche Erklärung ab.

Painlevé befaßte sich sodann mit der inneren Politik und sagte: Es ist unerlässlich, daß die Gerechtigkeit unbeugsam ihren Lauf nehme. Wir sind wehrlos gegenüber der Verleumdung, aber verpflichtet, mit Hilfe des Gesetzes vom 4. August 1915 diejenigen zu verfolgen, welche die Regierung angreifen und versuchen, die Moral der Nation zu schwächen.

Darauf wurden die Verhandlungen über die allgemeine Politik durch Handaufheben geschlossen. Die Kammer lehnte sodann die von der Regierung verworfene Priorität der einfachen Tagesordnung mit 368 gegen 95 Stimmen ab, und nahm durch Handaufheben eine Vertrauens Tagesordnung an.